

16.11.2019

Presseerklärung

Windkraftbetreiber haben Akzeptanz verspielt - Umfrage manipuliert?

Anfang November 2019 versuchte sich die Fachagentur Wind als Überbringer politischer Botschaften und veröffentlichte Ergebnisse „einer repräsentativen Umfrage zur Akzeptanz der Nutzung und des Ausbaus der Windenergie an Land in Deutschland.“¹

Demnach stehen 83 % der Befragten Windkraftanlagen in ihrem Wohnumfeld positiv gegenüber.

Gleichzeitig geht in den letzten Tagen ein Aufschrei der Windbranche durch alle Medien

Die von Wirtschaftsminister Altmaier vorgeschlagenen bundesweit zukünftig einheitlich festzulegenden Mindestabstände zwischen Windkraftanlagen und Wohnbebauung von 1000 m sollen nun verantwortlich sein für den Rückgang des Windkraftanzubaus, der tatsächlich allerdings bereits längere Zeit davor begonnen hatte.

Verschwiegen wird übrigens, dass der angeblich so vernichtende Vorstoß des Wirtschaftsministers sowohl für Länder als auch für Kommunen die Hintertür offen lässt, Abstände wie vor Ort gewünscht zu variieren.

Warum also das Theater, welches die Windbranche und angegliederte politische Gruppierungen auf offener Bühne praktizieren?

Wenn doch die Akzeptanz für Windkraftanlagen im eigenen Umfeld laut Fachagentur Wind hoch sei und z. B. die Kommunen mit dem Gesetzentwurf Altmaiers die Möglichkeit haben, nahezu beliebig geringe Abstände zwischen den angeblich so akzeptierten Windkraftanlagen und der eigenen Wohnbebauung festzulegen, dann kann keine Gefahr für das Klimaziel der Bundesregierung entstehen. Keinerlei Gefahr also für die hoch subventionierte, seit 20 Jahren gepamperte goldene Windkraftbranche.

„Etwas stimmt da nicht“, stellt Dr. Susanne Kirchhof, Vorsitzende von Vernunftkraft SH fest. „Entweder ist die ganze Aufregung obsolet und dient nur einer Spaltung der Gesellschaft, oder die Akzeptanz für Windkraftanlagen ist eben nicht vorhanden, so dass die Option einer Festlegung potentiell noch größerer Abstände durch Kommunen und Länder wirklich zu erwarten wäre. **Dann wäre das Ergebnis (83 % Akzeptanz) der Fachagentur Windkraft höchst fragwürdig, und entweder wäre die befragte Zielgruppe kritisch zu beleuchten oder die Befragungsmethodik zu hinterfragen.**“

Wirtschaftsminister Altmaier hingegen hat erkannt, dass in einer Demokratie so wichtige Projekte wie die Energiewende nicht auf Kosten der direkt betroffenen Menschen übers Knie gebrochen werden können.

Daran darf auch kein üppig finanzierter Branchendruck etwas ändern.

Die vielen von dem massiven Zubau riesiger Windkraftanlagen betroffenen Menschen dürfen nicht übergangen oder gar mundtot gemacht werden. In Schleswig-Holstein ist seit 2015 jeder Bürgerentscheid gegen Windkraftanlagen ausgegangen. Eine Umfrage in Schleswig-Holstein offenbarte schon 2016 nur noch eine knapp 50 %ige Zustimmung für weiteren Zubau². Die zahlreichen Klagen gegen Windparkprojekte sprechen ebenfalls nicht für eine Akzeptanz vor Ort.

Die norwegische Regierung hat übrigens erst kürzlich ihre kompletten Windkraftausbaupläne nach massivem Widerstand aus der Bevölkerung ad acta gelegt³.

Insofern ist die geplante Abstandsregelung auch eine Möglichkeit für mehr Demokratie - und mehr Demokratie haben wir auch beim Thema Windkraftanlagenzubau in Deutschland mehr als nötig.

¹https://www.fachagentur-windenergie.de/fileadmin/files/Veroeffentlichungen/FA_Wind_Umfrageergebnisse_2019.pdf

²file:///C:/Users/hp123/OneDrive/Dokumente/aPrivat/A%20Windkraft/A%20Vernunftkraft%20SH/Akzeptanz/KN%2021.4.2016.pdf

³<https://www.nrk.no/norge/regjeringen-dropper-nasjonal-rammeplan-for-vindkraft-1.14744999>